

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND



TIEFE KRISE

Schafft es Nagelsmann, das Nationalteam bis zur EM auf Kurs zu bringen? Seite 17

VOM SCHLACHTFELD AUF DIE LEINWAND

Großes Kino verspricht Regisseur Ridley Scott mit dem Historienepos „Napoleon“. Seite 22



ÜBERBLICK

Theater Trier zieht Spielzeit-Bilanz

TRIER (red) Was hat die Kunstfreunde in der Region ins Theater Trier gelockt. Die Bilanz zeigt den Erfolg der Aufführungen. Seite 27

Staatsanwalt fordert harte Strafen

TRIER (red) In Trier soll ein 56-jähriger 2012 eine Frau aus dem Obdachlosennmilieu erdrosselt haben. In dem Verfahren gegen ihn fordert der Staatsanwalt lebenslänglich mit Sicherheitsverwahrung. Seite 2

Energie sparen im Winter

TRIER (red) Die kalten Monate kündigen sich an. Wie Sie in den kommenden Wochen Energie und Heizkosten sparen können, lesen Sie auf Seite 8

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3 - 4 - 20 - 25 - 30 - 41
Superzahl: 9
Super6: 0 5 3 0 8 1
Spiel 77: 5 9 1 4 8 5 9
(ohne Gewähr)

ZITAT

„Das Spiel geht heute auf mich, das geht auf meine Kappe. Da muss ich mich beherrschen, das kann nicht passieren, da habe ich die Mannschaft im Stich gelassen.“

Leroy Sané
Der Fußball-Nationalspieler hat sich nach dem 0:2 gegen Österreich für seine Rote Karte entschuldigt.

WETTER

2° Tiefsttemperatur der kommenden Nacht
10° 6°

Seite 28

RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 25
HÄGAR SEITE 24
SUDOKU SEITE 24
FREIZEIT SEITE 22
FÜR KINDER SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.instagram.com/trierischervolksfreund

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,20 €, NR. 272



WINZER ERLEICHTERT

Keine Mehrheit für Pestizid-Gesetz

BRÜSSEL (red) Das Vorhaben, den Einsatz von Unkraut- und Schädlingsvernichtungsmitteln in der EU deutlich zu reduzieren, ist im Europaparlament gescheitert. Damit liegt das Vorhaben erstmal auf Eis. Für die Winzer auch an der Mosel hat dies eine große Bedeutung; Umweltschützer sind entsetzt.

FOTO: DPA

Kommentar Seite 4
Geld und Markt Seite 6

Gerät nach Bernhard Stein jetzt der nächste Trierer Bischof ins Zwielflicht?

Beim Thema Missbrauch gibt es regelmäßig Enthüllungen. Im Bistum Trier ist von 227 Beschuldigten und fast 600 Opfern die Rede. Einmal mehr rückt die Verantwortung der Bischöfe in den Blick.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Inwiefern waren frühere Trierer Bischöfe an Vertuschungsmanövern bei Missbrauchsvorfällen gegen Geistliche beteiligt oder wussten zumindest davon? Nach dem 1993 verstorbenen Bernhard Stein, bei dem dies aktenkundig ist, gerät jetzt auch der erst vor fünf Jahren verstorbene Weihbischof Leo Schwarz ins Zwielflicht.

Wie im in dieser Woche veröffentlichten zweiten Zwischenbericht der Aufarbeitungskommission des Bistums zu lesen ist, war Schwarz offenbar daran beteiligt, dass ein mehrfach mit Missbrauchsvorwürfen konfrontierter Trierer Priester in Südamerika untertauchen konnte. Bei dem Geistlichen handelt es sich um Claus Weber, der im selben rheinland-pfälzischen Ort (Braunweiler) wie Schwarz geboren wurde.

Ein Bischof war Fluchthelfer für Sex-täter Nach dem Bericht der Aufarbeitungskommission hat sich der Trierer

Weihbischof einst bei dem ecuadorianischen Bischof Emil Stehle dafür eingesetzt, Weber eine Pfarrstelle in dessen Diözese zu übertragen. Das Besondere daran: Der selbst wegen zahlreicher sexueller Straftaten aufgefallene Stehle sei für klerikale Sexualstraftäter aus ganz Europa als Fluchthelfer tätig gewesen und habe nachweislich die Strafverfolgung dieser Priester verhindert, heißt es im Bericht der Aufarbeitungskommission. So habe Stehle etwa Namen der Missbrauchspräster kodiert oder Tarnadressen benutzt.

Die Autoren des Zwischenberichts gehen davon aus, „dass hier alle handelnden Personen bestens über einander informiert waren“. Heißt im Klartext aber auch, dass Weihbischof Leo Schwarz zumindest einen Teil der Missbrauchsgeschichte über Stehle und Weber gekannt haben musste. Trotzdem glaubten die Verantwortlichen im Trierer Generalvikariat Weber, als der 1994 nach Paraguay floh, weil er in Bolivien angeblich mit unberechtigten Missbrauchsvorwürfen

konfrontiert worden war. Nachfragen der Bischöfe Spital und Schwarz, was eigentlich aus den Vorwürfen geworden ist, gab es später keine. Sie fragten auch nicht nach, als sie im Jahr 2000 durch Claus Weber selbst von inzwischen eingestellten staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen seine Person erfuhr. Wieder einmal ging es um den Missbrauch Minderjähriger. Falsche Beschuldigungen, wie Weber dem Trierer Weihbischof Leo Schwarz damals gesagt haben soll.

Das Bistum versetzte Weber erst 2003 in den Ruhestand, nachdem weitere sexuelle Übergriffe bekannt geworden waren. Von seinen priesterlichen Aufgaben wurde er sogar erst viele Jahre später entbunden.

Für die Mitglieder der Aufarbeitungskommission ein Paradebeispiel dafür, dass es den im Bistum Verantwortlichen vor allem darum ging, den guten Ruf der Kirche und ihrer Repräsentanten zu bewahren. Das Leid der vielen Betroffenen spielte demnach allenfalls eine Nebenrolle.

Opfer sagen: Vertuschung gehört zur DNA der Kirche Als positiv führen die Mitglieder der Aufarbeitungskommission immerhin an, dass das Bistum den Fall Claus Weber in diesem Jahr selbst thematisiert und mögliche Opfer aufgefordert hat, sich zu melden.

Das zeigte auch Wirkung. Laut Bistumssprecherin Judith Rupp gab es bislang sechs Rückmeldungen. Zu Details äußerte sich die Sprecherin allerdings nicht. Für die Opferorganisation Missbit ist der Umgang mit der Causa Weber ein Beleg dafür, dass „die Vertuschung zur DNA der Kirche gehört“, wie es Missbit-Sprecher Hermann Schell ausdrückt. Die Bischöfe Spital und Schwarz hätten in Zusammenarbeit mit Fluchthelfer Stehle Täter ins Ausland verschoben. Neue Vorwürfe könnten bald hinzukommen. Bereits im Januar will sich die Aufarbeitungskommission in einem weiteren Zwischenbericht mit den Missbrauchsfällen in der Ära Spital befassen.

Themen des Tages Seite 2

AfD-Fraktion stürzt ihren Vorsitzenden

MAINZ/TRIER (seb) Der Trierer Michael Frisch ist nicht länger Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion. Die Gruppe hat am Mittwochmorgen in Mainz stattdessen den Neuwieder Abgeordneten und rheinland-pfälzischen AfD-Parteivorsitzenden zu ihrem Chef gemacht. Der Wahl war ein langer Machtkampf zwischen Bollinger und Frisch vorausgegangen. Frisch und ein weiterer Abgeordneter erklärten im Anschluss ihren Austritt aus der Fraktion.

Themen des Tages Seite 3

Ampel verschiebt Beschluss des Haushalts 2024

BERLIN (dpa) Die Ampel-Koalition verschiebt infolge des Karlsruher Haushaltsurteils den Beschluss des Bundeshaushalts für 2024. Der Etat werde nicht in der kommenden Sitzungswoche im Bundestag zur Abstimmung gestellt, teilten die Fraktionschefs von SPD, Grünen und FDP am Mittwoch gemeinsam mit. „Unser Ziel ist, den Haushalt zügig, aber mit der gebotenen Sorgfalt zu beraten, um Planungssicherheit zu schaffen“, erklärten Rolf Mützenich (SPD), Britta Haßelmann und Katharina Dröge (Grüne) sowie Christian Dürr (FDP).

Themen des Tages Seite 5

Podcast: Als Napoleon die Porta entdeckte

TRIER (mc) Liebe, Macht und Waterloo: Das heute startende Hollywood-Epos „Napoleon“ geht dem Aufstieg und Niedergang des französischen Kaisers nach, der vor 200 Jahren halb Europa unterwarf. Auch die Region war Teil dieses Imperiums, im Jahr 1804 war Napoleon zu Besuch in Trier. Was er hier erlebte und hinterließ, ist Thema der neuen Episode unseres Geschichts-Podcasts.

Scannen Sie den QR-Code mit Smartphone oder Tablet und gelangen Sie direkt zu unserem Podcast.



Feuerpause im Gaza-Krieg rückt näher

Nach der Vereinbarung zwischen Israel und der Hamas werden nun Details über den Austausch von Geiseln und Gefangenen bekannt.

GAZA/TEL AVIV (dpa) Knapp sieben Wochen nach Beginn des Gaza-Krieges soll es erstmals zu einer Feuerpause zwischen Israel und der islamistischen Hamas kommen. Zugleich könnte am heutigen Donnerstag ein Teil der von der Hamas beim Terrorangriff am 7. Oktober verschleppten israelischen Geiseln freikommen. Im Gegenzug sollen als Teil einer am Mittwoch bekanntgemachten Vereinbarung zwischen Israel und der Hamas palästinensische Häftlinge aus israelischen Gefängnissen entlassen werden. Mit der Waffenruhe soll es auch größere Hilfslieferungen für die notleidende Zivilbevölkerung im

Gazastreifen geben. Die islamistische Hamas und die israelische Regierung haben sich auf eine maximal zehntägige Feuerpause in Israel und dem abgeriegelten Gazastreifen geeinigt. Teil der Vereinbarung ist ein Austausch von bis zu 100 Geiseln aus Israel gegen bis zu 300 palästinensische Insassen israelischer Gefängnisse. Die Kampfpause soll nach Angaben der Hamas am Donnerstag um 10 Uhr Ortszeit (9 Uhr MEZ) beginnen.

Terroristen der Hamas und anderer Gruppierungen hatten am 7. Oktober im Süden von Israel beispiellose Massaker verübt, rund 1200 Menschen getötet und etwa 240 Geiseln nach

Gaza verschleppt – darunter auch Deutsche. Von den 240 Verschleppten wurden bislang vier weibliche Geiseln von der Hamas freigelassen. Eine junge Soldatin konnte vom Militär befreit werden. Die Armee fand zudem die Leichen zweier Frauen. Wie viele insgesamt noch am Leben sind, ist unklar.

Israels Militär flog als Reaktion auf den Terror der Hamas Luftangriffe auf den Gazastreifen und rückte mit Bodentruppen in das abgeriegelte Küstengebiet ein. Nach Angaben des von der Hamas kontrollierten Gesundheitsministeriums wurden dabei mehr als 16.000 Menschen getötet.

In einem ersten Schritt geht es einem israelischen Kabinettsbeschluss zufolge um den Austausch von 50 israelischen Geiseln und 150 palästinensischen Häftlingen innerhalb von vier Tagen. Die Geiseln und Häftlinge sollen dabei in jeweils vier Gruppen freigelassen werden. Für die Übergabe von mindestens zehn israelischen Geiseln an israelische Sicherheitskräfte werde eine Zahl von Häftlingen freigelassen, hieß es. Wie viele, ging aus dem Dokument nicht hervor. In einem zweiten Schritt sollen ebenfalls in kleineren Gruppen bis zu 50 weitere israelische Geiseln für bis zu 150 weitere palästinensische

Häftlinge ausgetauscht werden. Für den gesamten Austausch sind maximal zehn Tage vorgesehen.

Die israelische Nachrichtenseite Ynet meldete, Israel dürfe der Vereinbarung zufolge die Namen der 100 Geiseln, die freikommen sollen, an die Hamas übermitteln. Teil des Deals soll demnach auch sein, dass entführte Mütter und Kinder bei der Freilassung nicht voneinander getrennt werden. Alle Geiseln sollen laut Regierungsbeschluss die israelische Staatsbürgerschaft haben oder Einwohner Israels sein. Ob auch Doppelstaatler mit deutschem Pass darunter sein könnten, war unklar.